



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. MARTIN BANGEMANN

Bundesminister für Wirtschaft

WIRTSCHAFTLICHER WANDEL IN DER BUNDES- REPUBLIK DEUTSCHLAND UND IN DER WELT

DIENSTAG, 7. MAI 1985



Verehrter Herr Präsident, Herr Bürgermeister, Exzellenzen,
meine Damen und Herren!

Zwei Tage nach dem Weltwirtschaftsgipfel ist es in der Tat naheliegend, heute an dieses Ereignis anzuknüpfen. Auf der Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs am Weltwirtschaftsgipfel hat sich deutlich gezeigt, daß keine wesentlichen Unterschiede bestehen zwischen dem, was internationale Wirtschaftspolitik heute sein kann und sein muß, und dem, was die Bundesregierung unter nationaler Wirtschaftspolitik versteht.

In der Erklärung über die Wirtschaftspolitik wurde Wert auf die Feststellung gelegt, daß ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum – inflationsfrei – die einzige Bedingung dafür ist, daß auch auf dem Arbeitsmarkt positive Wirkungen erzeugt werden können. Anhand dieser lapidaren Feststellung kann man sowohl die Probleme der Weltwirtschaft wie auch unsere eigenen, nationalen Probleme sehr gut beschreiben.

Was ist heute Wirtschaftswachstum? Welche Bedeutung hat Wirtschaftswachstum, insbesondere auch für den Arbeitsmarkt? Ohne jeden Zweifel kann man feststellen, daß Wirtschaftswachstum heute eine andere Bedeutung hat als noch vor Jahren. Vor Jahren bedeutete Wirtschaftswachstum automatisch einen positiven Effekt für den Arbeitsmarkt. Das ist heute nicht mehr so. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt sieht anders aus. Aber daraus den Schluß ziehen zu wollen, daß dieses Wirtschaftswachstum nicht mehr notwendig sei, daß man ein „Nullwachstum“ ansteuern könne, wäre ein schwerer Irrtum. Wachstum vollzieht sich heute, national und international, unter anderen Bedingungen und in anderer

Gestalt. Es ist nicht mehr einfach das Wachstum der Quantität. Es genügt nicht mehr, Kapazitäten zu erweitern, dieselben Produkte herzustellen, dieselben Dienstleistungen anzubieten – zu den gleichen Bedingungen –, sondern dieses Wirtschaftswachstum bedeutet auch eine Herausforderung an den Arbeitsmarkt. Wirtschaftswachstum vollzieht sich heute weniger als früher in der Form der Erweiterungsinvestitionen, sondern im wesentlichen in der Form der Innovationen. Innovation bedeutet: Entwicklung und Anwendung neuer Verfahren, neuer Produkte, neuer Dienstleistungen. Das ist der eigentliche Sinn, warum wir uns von einer Wirtschafts- und Konjunkturpolitik abgewandt haben, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steuern will, und uns hingewandt haben zu einer Wirtschaftspolitik, die sehr viel stärker auf die Bedingungen für die Angebotsseite setzt. Warum?

Die neuen Technologien, die wir heute vorfinden, verändern nicht nur die Art des Wirtschaftswachstums, sondern verändern auch Anforderungen, die an den Arbeitsmarkt gestellt werden müssen. Und darin liegt nun eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik und – in einem weiteren Sinne – für die Gesellschaftspolitik, eine Herausforderung auch für diejenigen, die diese Politik außerhalb der Regierung, außerhalb der politischen Parteien wahrzunehmen haben. Ich habe den Eindruck, daß nicht alle Beteiligten an dieser Aufgabe ihre Rolle schon richtig definiert haben. Manchmal hat man das Gefühl, daß in unserer Gesellschaft eine Feindschaft gegenüber neuen Techniken entstanden ist, die weit über das hinausgeht, was man auch schon in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten gegenüber wirtschaftlichem Wandel, der durch technologische Neuerungen verursacht worden ist, finden konnte. Die Ablehnung der Technologie reicht heute weiter als früher die Angst der Menschen vor einer neuen Situation oder vor einer unbekanntem Technik. Heute ist die Ablehnung neuer Technologien zum Ausweis neuer Menschlichkeit geworden. Und das ist das Gefährliche an dieser Auseinandersetzung.

Wenn diejenigen, die sich für die Nutzung neuer Technologien einsetzen, mit dem Stempel versehen wurden, sie seien die Unmenschlichen, während diejenigen, die sich für Rückschritt, für ein Beharren an alten Maßstäben einsetzen, sich mit dem Heiligenschein der Menschlichkeit versehen könnten, dann wäre das eine viel tiefgreifende Auseinandersetzung, als wir sie in der Vergangenheit erlebt haben. Und diese Auseinandersetzung wird von den Gegnern neuer Technologien mit scheinbar sympathischer Menschlichkeit garniert. In den „Sponti“-Sprüchen wird deutlich, wo diese Auseinandersetzung für uns schwierig wird. Es gibt viel Sympathie für die Aussage „Wissen ist Macht – wir wissen nichts, macht nichts“, weil irgend jemand immer, beginnend in seiner Schulzeit, eine tiefgreifende Aversion gegen Klassenbeste gehabt hat. Und immer hat irgend jemand das Gefühl gehabt, ein Leistungsbegriff, der zu einer bloßen Aneinanderreihung von Resultaten erstarrt sei, erfülle nicht mehr die Anforderungen von Menschlichkeit, die wir alle mit Recht erheben. Deshalb müssen wir versuchen, einen neuen, menschlichen Zugang zu finden zu den Möglichkeiten, die sich da eröffnen; es gibt diesen Zugang. Wenn man sich die Arbeit ansieht, die man durch Automaten ersetzen kann, dann wird man feststellen, daß es überwiegend unmenschliche Arbeitsvorgänge sind, die man ersetzen kann. Einen Menschen damit zu beschäftigen, ein Bohrloch herzustellen oder ein Werkstück zu schleifen, ist eine unmenschliche Beschäftigung, wenn es auch mit Maschinen bewerkstelligt werden kann. Dann ist der Einsatz eines Automaten ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt. Ich weiß, daß dem entgegengehalten wird, daß dadurch Arbeitsplätze verlorengehen können. Das ist wahr. Allerdings: Auf schon relativ kurzfristige Sicht schafft technischer Fortschritt neue Arbeitsplätze – unter einer wichtigen Voraussetzung: daß die Menschen die neuen Anforderungen, die ein moderner Arbeitsplatz an sie stellt, annehmen, akzeptieren und als Herausforderung verstehen.

Und da beginnt die Rolle, die politische Parteien heute spielen müssen: Wir dürfen den Menschen nicht vorspielen und vorgaukeln, daß sie neue Anforderungen bestehen können, ohne selbst etwas zu leisten. Das ist der tiefere Sinn des Satzes: „Leistung muß sich wieder lohnen.“ Dahinter steckt nicht das Bild einer Ellenbogengesellschaft. Das ist nicht Nietzsche, neu gewendet für das Jahr 1985, sondern hinter dem Begriff „Leistung“ steckt die alte, menschliche Erfahrung, daß ein Mensch in

seinem kurzen Leben eine Erfüllung und eine Befriedigung seiner eigenen Vorstellungen und Chancen gewinnen kann, wenn er das Gefühl hat, er sei mit dem, was er leisten könnte, gefordert worden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das einmal in Beispiele umsetzen wollen, dann nehmen Sie den Menschen Robert Bosch, der mehr geleistet hat als der Durchschnitt seiner Zeit, und heute leben viele Menschen von seiner Leistung. Oder nehmen Sie Albert Schweitzer, einen Menschen, der eine besondere Leistung erbracht hat, nicht weil er auf diese Weise berühmt oder reich werden wollte, sondern weil er anderen Menschen damit helfen wollte. In diesem Sinne muß man Leistung weiter definieren, um den schädlichen, abträglichen – weil zu engen – Definitionen zu begegnen, die mit diesem Begriff verbunden werden.

So muß man auch den Begriff „Elite“ sehen. „Elite“ ist nicht eine Möglichkeit, aufgrund von Standes-, Geburts- oder anderen Privilegien Vorteile zu gewinnen gegenüber anderen Menschen in einer Gesellschaft, sondern „Elite“ ist die Möglichkeit, seine eigenen Chancen so wahrzunehmen, daß daraus ein Vorteil für alle anderen entsteht.

Deswegen, glaube ich, ist Elitenbildung eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Wir müssen uns einsetzen für Chancengleichheit, aber wir dürfen uns nicht einsetzen für eine Gleichheit in den Ergebnissen. Denn eine Gesellschaft, die am Schluß alle Menschen in ihrem Ergebnis, auch dem Ergebnis ihres Lebenslaufes, gleich sehen will, wird zutiefst unmenschlich. Viele derjenigen in unserer Gesellschaft, die neue Techniken heute ablehnen, tun es in dem Bewußtsein, daß sie sie im Überfluß ablehnen können. Wenn man mit Hilfe moderner Technologie neue Pflanzen entwickeln kann, die Trocken- und Dürreperioden besser überstehen, dann ist das für viele Menschen auf dieser Erde eine Frage von Leben und Tod. Deswegen ist vieles, was wir heute in unserer Gesellschaft an Technologiefeindschaft finden, eigentlich das Ergebnis einer Überfluß- und Luxusgesellschaft und entspricht nicht den Anforderungen, die die Menschen auf der ganzen Welt an die Industriegesellschaft stellen. Wenn wir auf dem Wirtschaftsgipfel gesagt haben, wir wollten Wachstum inflationsfrei erreichen, dann bedeutet das in der Tat eine Absage an viele leichte Wahrheiten der Vergangenheit.

Mit dem Begriff des „inflationsfreien Wachstums“ haben wir ein Bekenntnis zu einer Haushaltspolitik verbunden, die mit dem Vorurteil aufgeräumt hat, ein bißchen Inflation sei immer noch besser als Arbeitslosigkeit. Denn wir wissen inzwischen, daß das falsch war, was bei früheren Gipfeln einmal unter „Lokomotivtheorie“ beschrieben worden ist. Konjunkturprogramme, die mit Haushaltsdefiziten finanziert werden müssen, schaffen Strohfeuer auf dem Arbeitsmarkt und hinterlassen die Asche einer frohen Verschuldung der öffentlichen Hand. Wir wollen diesen Weg nicht gehen, und zwar haben alle Länder, die auf dem Wirtschaftsgipfel vertreten waren, diesen Weg abgelehnt. Ich finde, das ist ein bemerkenswertes Datum; denn wenn man immer von „Konvergenz der Wirtschaftspolitik“ spricht, muß man feststellen: In dieser entscheidenden Schlüsselfrage öffentlicher Haushalts- und Finanzpolitik waren sich diese Länder einig, daß ein inflationsfreies Wachstum die wesentliche Voraussetzung auch zur Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze ist. Und es ist, zum erstenmal auf einem Gipfel, ein neues Datum gesetzt worden: Die Rolle der kleinen und mittleren Betriebe – der Betriebe, die wir mit unserem deutschen Wort als „Mittelstand“ bezeichnen – ist stärker herausgehoben worden als auf jedem anderen Gipfel zuvor. Das hat seinen Grund: Wenn man bedenkt, wie viele Arbeitsplätze in großen, klassischen Unternehmen verlorengegangen sind und wie viele Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Betrieben geschaffen wurden, dann erkennt man, daß gegenüber der wichtigen Rolle dieser Betriebe nur für eine verspätete Gerechtigkeit gesorgt worden ist. Wir wollen das fortsetzen, auch weil wir wissen, daß die neue Technologie in diesen kleineren Betriebsgrößen wesentlich einfacher aufgegriffen werden kann als bei den großen, manchmal sehr demokratisch organisierten Betriebsformen der klassischen Unternehmen.

Wir haben auf dem Gipfel auch über andere – wenn Sie so wollen – Schlagworte gesprochen: über die Deregulierung. In Amerika ist dieses Wort zum Schlüsselwort für wirtschaftliches Wachstum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze geworden.

Es ist eben ein Datum, das wir zur Kenntnis nehmen müssen: Die Amerikaner haben innerhalb von zehn Jahren 16 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen, während wir in der gleichen Zeit 1,5 Millionen Arbeitsplätze verloren haben. Es war kein Zufall, daß wir auf Deregulierung zu sprechen kamen. Die Bundesregierung hat sich dem nicht widersetzt. Wir haben erfreut die Aufforderung zur Kenntnis genommen, die die übrigen Gipfelteilnehmer an uns gerichtet haben, weil wir wissen, daß es darauf ankommt, die bei uns zu starr gewordenen Märkte aufzulockern, wenn wir wirklich Arbeitsplätze neu schaffen wollen. Und sobald man in diesem Zusammenhang den Arbeitsmarkt erwähnt, riskiert man eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung: Diejenigen, die unbequeme Wahrheiten aussprechen, werden als die „Totengräber der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit“ bezeichnet. In Wahrheit ist es sozialer, gerechter und menschlicher, sich nicht nur über die Arbeitslosigkeit zu beklagen, sondern auch die Mittel zu nennen, mit denen man sie bekämpfen kann. Wer sich am 1. Mai auf Marktplätze stellt, die Arbeitslosigkeit beklagt und als das Grundübel unserer Zeit bezeichnet, der darf sich nicht der bitteren Aufgabe entledigen, auch darüber nachzudenken und zu diskutieren, wie man diese Arbeitslosigkeit auch wirklich beseitigen kann.

Und Sie wissen, daß das, was meine Partei in diesem Zusammenhang gesagt hat, „anstößig“ war, aber in einem guten Sinne, nämlich: Anstoß zu geben. Es ist nämlich nicht verständlich, daß in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik gleiche Tariflohnsteigerungen vereinbart werden, wenn die Bedingungen ganz unterschiedlich sind. Ich wohne im Arbeitsamtsbezirk Reutlingen. Dort liegt die Arbeitslosigkeit unter fünf Prozent. Im Arbeitsamtsbezirk Leer in Ostfriesland liegt die Arbeitslosigkeit über 30 Prozent. Ich habe noch keine Erklärung dafür gefunden, warum Tariflohnsteigerungen in diesem Arbeitsamtsbezirk Leer genau die gleichen sein müssen wie im Arbeitsamtsbezirk Reutlingen. Ebenso wenig ist es erklärlich, warum bei Arbed Saarstahl, einem Unternehmen, das mit über zwei Milliarden DM verschuldet ist, die gleichen Tariflohnsteigerungen akzeptiert werden müssen wie bei Thyssen in Duisburg, einem Unternehmen, das Gewinn macht. Es gibt keine vernünftige Erklärung dafür – wenn man die Arbeitslosigkeit beklagt –, daß man untere Lohngruppen durch Sockelbeträge überproportional gesteigert hat, obwohl man wußte, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit um so größer wird, je niedriger die Qualifikation ist.

Natürlich ist das Erziehungsgeld – und damit wende ich mich auch einmal an meinen Koalitionspartner, an die CDU – eine gute Einrichtung und ein Ausgleich für viele Nachteile, die Familien heute bei uns haben. Ich unterstütze voll, daß wir mit dem ersten Paket der Steuerreform die Situation der Familien erleichtern wollen. Wir sind für das Erziehungsgeld. Aber ich habe niemanden gefunden, der erklären konnte, wo der Schutz für Frauen liegen soll, wenn wir eine Arbeitsplatzgarantie einführen, die in Wahrheit diejenigen benachteiligt, die man schützen will. Denn wenn sich eine Frau unter gleichen Voraussetzungen wie ein Mann um einen Arbeitsplatz bewirbt, wird sie gegenüber dem Mann immer im Nachteil sein, wenn ein Arbeitgeber weiß, daß er eine einjährige Arbeitsplatzgarantie aussprechen muß.

Die weiblichen Delegierten des FDP-Bundesparteitages in Saarbrücken haben das richtig erkannt; sie haben die FDP dazu gebracht, diese Vorschläge abzulehnen, weil sie wissen, daß sie für Frauen ein Nachteil sein könnten. Ich möchte nun zur Steuerreform und zu den Überlegungen der Bundesregierung kommen, wie wir durch eine andere Gestaltung unseres Steuerrechts Hemmnisse für Wirtschaftswachstum beseitigen können. Es besteht kein Zweifel, daß es einen Anreiz gibt, in andere Geldanlagen zu gehen, wenn eine bestimmte Art von Geldverwendung, nämlich die Investition in Sachkapital, steuerlich benachteiligt wird. Sie wissen alle, daß die durchschnittliche Belastung der Gewinne der Unternehmen durch Kumulation unterschiedlicher Steuern bei 70 Prozent liegt. Die Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen ist infolgedessen abgesunken, zum Teil bedenklich. Wenn man diese Entwicklung im Lichte der Herausforderungen beurteilt, die die neuen Techniken an die Kapitalausstattung der Unternehmen stellt, dann ist das ein lebensgefährlicher Zustand. Deshalb müssen wir unser Steuersystem reformieren, so daß unternehmerisch eingesetztes Kapital nicht mehr benachteiligt wird.

Meine Damen und Herren, unser Steuerrecht verdrängt Kapital aus den Sachinvestitionen der Unternehmen. Wir müssen die Kumulation von Steuerbelastungen abschaffen. Das ist ein Programm für die nächste Legislaturperiode. Es ist unsinnig, investiertes Kapital mit Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer und anderen Steuern zu belasten. Die Gewerbesteuer ist ein Relikt aus einer vergangenen Zeit; sie abzuschaffen ist auch für die Gemeinden kein Nachteil, wenn man eine vernünftige andere Lösung ihrer Finanzprobleme findet. Ich glaube, daß das möglich ist. Ein Anteil an der Mehrwertsteuer – übrigens durchaus mit einem Hebesatz – wäre eine denkbare Lösung. Wir werden uns darüber mit den Gemeinden und Städten sicherlich noch unterhalten müssen.

Und, meine Damen und Herren, auch wenn das im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit bezweifelt werden mag: Es ist sinnvoll, die Progression im Einkommen- und Lohnsteuertarif linear zu machen. Es ist auch sinnvoll, den Spitzensteuersatz zu senken. Denn dieser Spitzensteuersatz ist kein Spitzensteuersatz für Reiche, sondern er ist ein Spitzensteuersatz, der Investitionen bestraft, mit denen Arbeitsplätze geschaffen werden. Deswegen ist es falsch, wenn gesagt wird: Der Aufschwung müsse umgemünzt werden in einen Konsensus aller, die in unserer Gesellschaft – zum Vorteil aller – arbeiten. Wirtschaftswachstum, Mehrinvestitionen werden mehr Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen verhindern, in eine Zweiklassengesellschaft zu geraten: derjenigen, die Arbeit haben, die sich als die glücklich Besitzenden fühlen, und derjenigen, die keine Arbeit haben und sich mehr und mehr als die Ausgestoßenen dieser Gesellschaft fühlen. In diesem Sinne ist diese Steuerreform ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu Partnerschaft in unserer Gesellschaft.

Wir haben während des Gipfeltreffens nicht nur über allgemeine, sondern auch über die besonderen Probleme gesprochen, die alle Länder haben. Europa hat das Problem des zu starren Arbeitsmarktes. Japan hat das Problem eines Marktes, der europäischen und amerikanischen Handelspartnern zu wenig Zugang bietet. Ich möchte ganz offen sagen, daß ich die allzu vordergründige Kritik an der japanischen Politik nicht teile. An den klassischen Instrumenten der Handelspolitik – bei den Zöllen z.B. – hat Japan vieles getan, weniger im Bereich der Gesundheits- und anderer Standards. Das Problem liegt in dem gesellschaftspolitischen Bewußtsein der Japaner, in der Vorstellung, daß für eine japanische Firma zu arbeiten allemal ehrenhafter ist als für eine ausländische Firma. Diese Einstellung zu durchbrechen ist nicht nur allein Aufgabe der Europäer, die sich mehr und mehr um den japanischen Markt kümmern müssen, sondern ist eine Aufgabe auch der japanischen Regierung. Aber ich meine, daß der japanische Premierminister alle Achtung verdient, wenn er – entgegen in seinem Land landläufigen Meinungen – diese Aufgabe beherzt angepackt hat.

Auch in den USA gibt es besondere Probleme. Sie kennen das Problem des Haushaltsdefizits. Es gibt viele Gründe für die starke Bewertung des Dollars. Es gibt das Vertrauen in die Dynamik der amerikanischen Wirtschaft. Es gibt sicherlich auch Überlegungen, die mehr politischer Art sein mögen. Ein Land, das sich ein Haushaltsdefizit dieser Größenordnung leistet, ist auf Kapitalzustrom von außen angewiesen. Es wird aber vermeiden müssen – als erste Handelsmacht und führende politische Macht des Westens –, zum größten Nettoschuldner der Welt zu werden. Amerika erkennt das; der amerikanische Präsident hat auf diesem Gipfel unmißverständlich seine Bereitschaft erklärt, das Haushaltsdefizit abzubauen.

Wir haben auf dem Gipfeltreffen auch über die Probleme des internationalen Handels diskutiert. Und da gibt es einen Punkt, über den wir nicht befriedigt waren: Es ist uns nicht gelungen, ein Datum für eine neue Verhandlungsrunde im GATT festzulegen. Das sollte man nicht beschönigen. Es gab eine Befürchtung, die zum Teil sicherlich ihre Berechtigung hatte. Natürlich muß eine solche GATT-Runde sorgfältig vorbereitet werden, und sie kann sich selbstverständlich nicht auf die Agrarhandelspolitik beschränken. Es gibt aber keinen Meinungsunterschied darüber, daß eine neue Runde von Verhandlungen im GATT so bald wie möglich beginnen soll; wir werden mit konkreten Vorbereitungen – in einer Arbeitsgruppe hoher Beamter – noch im Spätsommer beginnen.

Meine Damen und Herren, Sie alle, die Sie sich in dem einen oder anderen Zusammenhang für den Freihandel einsetzen, wissen, daß wir da ein Ziel verfolgen, das in seiner Allgemeinheit von jedermann akzeptiert wird. Es gibt niemanden auf der Welt, der nicht einzusehen bereit wäre, daß Protektionismus allen schadet, auch demjenigen Lande, das den Versuch unternimmt, auf diese Weise seine eigene Industrie zu schützen. Aber wenn man an die konkreten Probleme geht, wenn man Kongreßabgeordneter ist, der sich in Detroit zur Wahl stellt und vor den amerikanischen Automobilarbeitern Rede und Antwort stehen muß über den immer größer werdenden Anteil japanischer Automobile in Amerika, dann sieht die Beurteilung oft anders aus. Das sind die Realitäten, mit denen man in der Politik rechnen muß. Um so größer war die Anforderung an alle Gipfelteilnehmer, diesen populistischen „approach“ zu überwinden und sich zu einer Haltung durchzuringen, die für alle sinnvoll und nützlich gewesen wäre. Das war nicht möglich. Wir werden uns in den kommenden Verhandlungen im GATT wie auch in den Gesprächen mit Entwicklungsländern um so intensiver dafür einsetzen, daß das Verständnis für den Freihandel wächst.

Gerade die Entwicklungsländer konnten sich nichts davon versprechen, wenn wir zu bilateralen Verhandlungen zurückkehrten. In bilateralen Verhandlungen wird der Schwächere immer auch die schlechteren Karten haben. Nur im multilateralen System des GATT kann es eine Möglichkeit geben, gemeinsam zu gerechteren und besseren Lösungen zu finden. Und in die Überlegungen zu einer neuen GATT-Runde muß man auch die neuen Formen des Protektionismus aufnehmen. Zölle sind im Grunde genommen überholt, freiwillige Selbstbeschränkungsabkommen und andere subtile nichttarifären Hemmnisse sind der „dernier cri“ der Protektionisten. Was wir uns – gegenüber unseren amerikanischen Partnern und Freunden – im Bereich des Stahls gefallen lassen mußten, hat mit Freihandel natürlich nichts zu tun, auch wenn wir das Etikett „freiwillig“ daraufgeklebt haben. Dieses Etikett setzt falsche Signale. Es ist eine Heuchelei, die wir auch in der internationalen Politik nicht zulassen dürfen. Wir müssen die Probleme beim Namen nennen können. Wenn wir uns das, auch im Disput mit Freunden, nicht mehr erlauben dürfen, wird die Zukunft des Freihandels nicht mehr garantiert werden können. Deswegen wollen wir uns in aller Deutlichkeit dagegen einsetzen.

Sie haben eine Reihe von besonderen Problemen der Freien und Hansestadt Hamburg angesprochen. Ich möchte diesen Problemen nicht ausweichen. Ich weiß, daß Sie enttäuscht wären über die Entscheidung der Bundesregierung zur Seerechtskonvention der Vereinten Nationen. Ich kann das verstehen. Auf der anderen Seite möchte ich Sie darum bitten, die Gefahr zu erkennen, die darin liegt, in den internationalen Abkommen eines aufzugeben, was wir nicht aufgeben dürfen. Wir dürfen anderen unsere politischen Vorstellungen nicht aufzwingen; das haben wir auch niemals versucht. Aber, wenn umgekehrt in diesen Beschlüssen von uns verlangt wird, Wertvorstellungen zu akzeptieren, die nicht dem entsprechen, was wir für richtig halten, dann müssen wir dem etwas entgegensetzen. Das war die eigentliche Entscheidung; nicht die Frage des Seegerichtshofes in Hamburg, nicht die Frage des freien Seeverkehrs, die in diesem Abkommen selbstverständlich vernünftig und gut geregelt sind. Uns stellt sich die Frage: Sollen wir bei der Verwertung der Meeresbodenschätze ein Regime zulassen, das allem entgegengesetzt ist, was wir an marktwirtschaftlichen Überzeugungen haben? Wir verlangen von keinem Entwicklungsland, daß es die Marktwirtschaft mit Jubel und Trompeten übernimmt. Aber ich glaube, wir müssen Versuchen widerstehen, die uns in eine andere Ordnung lenken wollen. Wenn wir einmal unsere Grundprinzipien aufgeben, befinden wir uns bald auf einem Wege, der uns sehr schnell in ganz andere Vorstellungen führt.

Ihre Vorstellungen zum Seehafen-Hinterlandverkehr teile ich ganz und gar. Sie wissen, Herr Bürgermeister, daß ich die Gestaltung der Tarife für die deutschen Seehäfen für katastrophal halte. Die Bundesregierung hat ja in ihrem Verkehrsbericht erklärt, daß sie freiwilligen Lösungen der Verkehrsträger, die die Wettbewerbsungleichheit zwischen europäischen Häfen zum Nachteil für deutsche Seehäfen beseitigen, den Vorrang gibt. Wenn damit die Seehafenprobleme nicht befriedigend gelöst werden können, wird die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen einleiten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einer Schlußbemerkung kommen, die allgemeiner Art ist, mit der ich aber ein Problem aufgreife, das vielleicht bei Ihnen verständlicher ist als anderswo.

Sie wissen, daß ich zu diesem Amt durch die Weisheit der Wähler gekommen bin. Wir haben die Europawahl verloren, obwohl wir, wie ich meine, eine recht ordentliche Europapolitik gemacht haben. Ein britischer Konservativer hat die Wählerentscheidung – nachdem ich Wirtschaftsminister geworden war – in der unvergleichlichen Art der Briten in einem Glückwunschbrief so ausgedrückt: „Martin, what a wonderful way to lose an election!“

Aber, meine Damen und Herren, in diesem Amt kann man viel von dem einbringen, was Europa einen Politiker lehren kann. Ich habe den Eindruck, daß uns ein wenig das Verständnis dafür fehlt, daß der Nationalstaat des neunzehnten Jahrhunderts bereits abgedankt hat. Wir haben noch nicht ausreichend deutlich erkannt, daß neben den technologischen und wirtschaftlichen Kräften des Wandels auch ein politischer Wandel eingetreten ist. Das geht weit über Europa hinaus; aber wenn es uns in Europa gelingt, den Blick dafür zu schärfen, wäre das ein erster Beitrag. Diese Welt kann ihre Probleme nur lösen, wenn sie zu anderen politischen Strukturen findet. Die Probleme, vor denen wir stehen, die Probleme des Friedens, des Wirtschaftswachstums, der Umwelt, der sozialen Gerechtigkeit, kann man heute nicht mehr in einem Land von 60 Millionen Einwohnern lösen. Selbst wenn wir eine „Insel der Seligkeit“ schaffen könnten mit Wirtschaftswachstum, innerer und äußerer Sicherheit, sauberer Umwelt und sozialer Gerechtigkeit, dürfte es uns nicht kalt lassen, daß um uns herum eine Welt weiter lebt und stirbt, die mit ihren Problemen nicht fertig wird. Und dies wird uns letzten Endes auch unsere eigene Problemlösung unmöglich machen. Wir müssen in der Lage sein, in Europa und in der Welt politische Strukturen zu schaffen, die dem angemessen sind, was wir an politischen Problemen vorfinden. Das ist die eigentliche Aufgabe der Politik heute, in den nationalen Staaten, in den regionalen Bündnissen, wie der Europäischen Gemeinschaft, und weit darüber hinaus. Wenn uns das nicht gelingt, dann werden wir in der Tat vor einer Herausforderung versagt haben, die epochal zu nennen nicht übertrieben ist. Wir werden diese Welt nur dann bewohnbar erhalten, wenn wir die Kraft aufbringen, die alten Grenzen zu überschreiten, in denen zu leben wir gewohnt waren. Das gilt in der Wirtschaft, das gilt insbesondere in der Politik, und manche Diskussion über Grenzen hebt das nur allzu deutlich heraus.

Grenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind heute nicht mehr dazu da, Unterschiede zu markieren, Grenzen sind dazu da, überschritten zu werden: im Denken, im Handeln, in der Politik und in der Wirtschaft. Sie haben in Ihrer Vereinigung immer Grenzen überschritten. Dahinter steht eine politische Aufgabe, die eine Regierung allein nicht lösen kann. Das ist eine Aufgabe, die sich an alle Bürger einer Demokratie stellt. Und ich meine, wir sollten uns einmal darüber Rechenschaft geben, was wir alle dazu beigetragen haben, diese Grenzen zu überwinden.

Wenn ein Minister aus einem EG-Ministerrat nach Hause kommt und Beifall dafür erhält, daß er dort vehement nationale Interessen vertreten hat, obwohl er die Interessen Europas eigentlich vergessen hat, dann muß uns das nachdenklich machen. Politik ist sicherlich nicht die Schaffung einer idealen Welt, aber Politik ist die Annahme von Herausforderungen, die man in der realen Welt vorfindet. Und die reale Welt, in der wir leben, ist in ihren Problemen, aber auch in ihren Lösungen weit über das hinausgewachsen, was wir manchmal im Denken der Politiker und der Bürger und Wahlbürger vorfinden.

Diese Aufforderung mochte ich diesem Übersee-Tag mitgeben: Wenn es uns gelingen könnte, die Provinzialität im politischen Denken zu überwinden, dann haben wir einen Beitrag dafür geleistet, daß Menschen in dieser Welt auch menschlicher leben können.

Ich danke Ihnen.

